

Daniel Mullis

Krisenproteste in Athen und Frankfurt

Raumproduktionen der Politik
zwischen Hegemonie und Moment

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Einleitung

Es ging ein Ruck durch die Welt im Jahr 2011. Was Mitte Dezember 2010 in der tunesischen Kleinstadt Sidi Bouzid als lokaler Protest begann, entwickelte sich zu einer globalen Protestwelle. Als „Epochenbruch“ (Azzellini 2014) wurden die Ereignisse bezeichnet. *Arabischer Frühling*, *Indignados* bzw. die *Empörten* und *Occupy* bestimmten Schlagzeilen und beherrschten die öffentlichen Debatten. Symbole und Schauplätze des kollektiven Aufbegehrens waren die Platzbesetzungen in Kairo, Madrid, Athen, Tel Aviv, New York und in vielen anderen Städten der Welt. Bei aller Verschiedenheit der beteiligten Subjekte, der konkret formulierten Forderungen sowie der Hintergründe war den Protesten der emanzipatorische Ruf nach mehr demokratischer Teilhabe, sozialer Gerechtigkeit und einem Leben in Würde gemeinsam (vgl. Birke & Henninger 2012a; Candeias & Völpel 2013; Sitrin & Azzellini 2014; Prokla 177).

Wird rückblickend vergegenwärtigt, was 2011 geschah und warum die Ereignisse als tiefer Einschnitt zu bewerten sind, ist wichtig, dass es nicht primär die schiere Vielfalt der Proteste war, die eine solche Einordnung nahelegt. Denn an Aktivismus und an großen globalen Protestereignissen mangelte es auch in den Jahren zuvor nicht: Der Aufstand der Zapatist_innen 1994 in Chiapas; die Proteste der globalisierungskritischen Bewegung in Seattle 1999 oder Genua 2001; der Aufstand gegen die regierenden Eliten in Argentinien, als der Staat Ende 2001 vor der Zahlungsunfähigkeit stand; die Orangene Revolution in der Ukraine 2004 gegen Korruption und für mehr Demokratie; oder die Proteste im Iran 2009 gegen das Regime und dessen Wahlmanipulationen. Die beiden französischen Filmemacher Samuel Luret und Damien Vercaemer zählen 2010 für das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends sodann mehr Aufstände als für die 1960er. Ebenso wenig wie aus Vielfalt und Breite ergibt sich die Qualität des Bruchs aus den erzielten Erfolge. Zunächst waren diese ohnehin nicht abzuschätzen und zudem vermochten politische Bewegungen auch vor 2011 immer wieder wichtige Erfolge zu feiern: eine Arbeitsmarktreform blockiert, das Recht auf Abtreibung oder gleichgeschlechtliche Ehen erkämpft, die Einführung von Studiengebühren verhindert, Lohnsteigerungen erstreikt oder das Bleiberecht von Illegalisierten errungen usw. Jedoch blieb auf Grund der gleichzeitig voranschreitenden neoliberalen Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte, des Abbaus des Sozialstaates, der steten Umverteilung von Reichtum von unten nach oben und dem Einsickern kapitalistischer Relationen in die hintersten Ecken des Alltags (vgl. Butterwegge 2015; Butterwegge et al. 2007; Harvey 2005; Kannankulam 2008; Nachtwey 2016) das Gefühl eines sich enger zurrenden Korsetts der kapitalistischen und undemokratischen Vergesellschaftung dominant.

Für die Bewertung der Protestwelle des Jahres 2011 als „Epochenbruch“ scheint also zentral zu sein, dass mit den Ereignissen die Gewissheit einherging, dass poli-

tische Kämpfe nicht alleine appellieren, sondern im Hier und Jetzt auch radikale Transformationsprozesse einleiten können. Es schien, als wäre die für unmöglich erklärte 'Revolution' als Handlungsoption erneut auf die Bühne der Geschichte getreten und dies an Orten der Welt, wo am wenigsten damit gerechnet wurde – allen voran im arabischen Raum, aber auch in Europa und den USA. Vermeintliche Wahrheiten gerieten ins Wanken und die Frage, warum das Gros der Menschen ihren postdemokratischen Ausschluss aus Entscheidungsprozessen hinnehmen und dabei zuschauen sollte, wie die eigenen Chancen auf ein Leben in Würde schwinden, wurde plötzlich nicht mehr als appellative Bitte an die Eliten gerichtet, sondern als Perspektive der eigenen politischen Praxen verstanden.

Schuldenkrise und Austerität

Die Weltwirtschaft steckte 2011 in einer tiefen ökonomischen Krise und dies galt auch für Europa. Die Krise in der EU war aber längst nicht nur eine ökonomische, sondern mit voller Wucht stellte sich erneut die soziale und demokratische Frage, zugleich aber auch, wie der Pfad der europäischen Integration fortzusetzen sei. Insgesamt lassen sich, so Alex Demirović, drei große Krisendynamiken ausmachen, die relational verschränkt sind und die grundlegenden Verhältnisse der gesellschaftlichen Kooperation betreffen (Demirović 2013: 194-7; vgl. Demirović et al. 2010): erstens, der voranschreitende Klimawandel; zweitens, die Wirtschafts- und Finanzkrise bzw. deren Lösungsversuche durch die Regierenden, die klare Mängel der neoliberalen Agenda offengelegt habe; und drittens, was in den ersten beiden Dynamiken sehr deutlich werde, eine Krise der repräsentativen Demokratie, die immer stärker zu einer Demokratie der Eliten transformiere und das Versprechen auf kollektive Mitbestimmung nicht mehr halte.

Unmittelbarer Ausgangspunkt der aktuellen Krisendynamik bzw. der Wahrnehmung einer tiefen Krise war der Crash am US-Immobilienmarkt 2007/08, der eine gravierende Krise der Finanzmärkte auslöste (vgl. Brunetti 2011; Harvey 2009b; Reinhart & Rogoff 2009; Sablowski 2009; UNCTAD 2009). Für kurze Zeit standen die globalen Kapitaltransaktionen faktisch still und, wie David Harvey (2010) feststellt, der Kapitalismus vor der Kernschmelze. Eine „Notoperation“ (Lordon 2008) zur Rettung der nationalen Bankenwesen jagte die andere. Diverse Großbanken in den USA und Europa konnten nur dank Milliardenzahlungen der öffentlichen Hand vor dem Zusammenbruch bewahrt werden. Aus der Finanzkrise entwickelte sich 2009 die schwerste Wirtschaftskrise seit der großen Depression der frühen 1930er Jahre (Brunetti 2011: 71-7). In den Euro-Staaten brach das Bruttoinlandprodukt (BIP) insgesamt um 4,1% ein, manchenorts gar um fast 6% (Bischoff et al. 2011: 74). Kurzfristig wurde mit nationalen Konjunkturprogrammen antizyklisch interveniert (Bieling 2011: 176f.; Brunetti 2011: 78). Aus unterschiedlichen Gründen, wobei

in allen Fällen die Konstruktion der Euro-Währungsunion und die wirtschaftliche Ungleichheit bzw. die auseinanderklaffenden Handelsbilanzen zwischen den Euro-Staaten eine wichtige Rolle spielten (vgl. Bieling 2011; Brunetti 2011; Jäger & Springler 2015; Streeck 2015), rutschten Griechenland, Irland, Portugal und Spanien in tiefe Staatsschuldenkrisen. Da sie auf den Finanzmärkten nicht mehr als kreditwürdig galten, war es ihnen alsbald unmöglich sich zu refinanzieren und der Staatsbankrott drohte. Um dieses Szenario abzuwenden, sahen sie sich gezwungen, die EU um Hilfe zu bitten – Spanien blieb dies formal erspart.

Die Antwort der EU hieß Austerität, womit versucht wurde, die Krise der Staatsfinanzen primär über Ausgabenkürzungen, Privatisierung von Staatseigentum sowie strenge Ausgabendisziplin in den Griff zu bekommen; verfolgt wurde das kurzfristige Aufleben von antizyklischen Konjunkturprogrammen. Nachdem die Schulden der Banken durch die Verschiebung deren Verschuldung in die öffentliche Hand kollektiviert worden waren, die besser aufgestellten EU-Staaten sich vor dem Absturz geschützt hatten, wurden die EU-Verträge verstärkt auf Wettbewerbsfähigkeit, strenge Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau getrimmt (Oberndorfer 2012). In den von der Krise besonders betroffenen Staaten mahnte die EU harte Strukturanpassungsprogramme an, die seitens der *Troika* aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) im Fall von Griechenland, Irland und Portugal mit voller Konsequenz durchgesetzt wurden (Schumann & Bondy 2015). Die sozialen Folgen waren verheerend: die Wirtschaften kollabierten, Arbeitslosigkeit gerade unter Jugendlichen stieg rapide und sank auch nicht mehr, soziale Grundversorgung konnte nicht mehr garantiert werden und Tausende verloren ihr Obdach, weil sie ihre Hypotheken nicht mehr bedienen konnten – die „Schock-Doktrin“ (Klein 2007) war mitten in Europa angekommen.

Europäische Krisenproteste – Auseinandersetzungen in Athen und Frankfurt

Von Spanien über Griechenland und Portugal, über Italien und die baltischen Staaten, von Großbritannien über Irland bis Deutschland (vgl. Birke & Henninger 2012; Candeias & Völpel 2013; Huke 2016; Mörtenböck & Mooshammer 2012; Sitrin & Azzellini 2014; Vey 2015; Wood 2011; Prokla 177), überall in Europa brachen politische Auseinandersetzungen auf, die als *linke Krisenproteste* gerahmt werden können (vgl. Vey 2015: 19f.). Im Folgenden wird zum einen auf den Zyklus der Krisenproteste in Athen, Griechenland, zwischen 2008 und 2014 und zum anderen auf die Aktivitäten des Blockupy-Bündnisses – was nicht mit *Occupy* zu verwechseln ist – in Frankfurt am Main (i. F. Frankfurt), Deutschland, zwischen 2012 und 2015 fokussiert.

Die diskutierten Krisenproteste in Athen und Frankfurt, und diese Einschränkung ist wichtig, sind reichlich unterschiedlich und werden deshalb keinem direkten

Vergleich unterzogen. So war die Krisendynamik in Griechenland deutlich harscher als in Deutschland (vgl. Birke & Henninger 2012a; Hartmann & Malamatinas 2011; Kleiser 2013; Klemm & Schultheiß 2015; Markaris 2012; Roth 2012b; Schönig & Schipper 2016), das sich zumindest makroökonomisch sehr schnell erholte, und wo die Regierung von Angela Merkel (CDU) unterstützt von CDU/CSU, FDP und SPD nach Jahren der sukzessiven Austerität zu einer Taktgeberin der europäischen Sparpolitik avancierte (vgl. Belina 2013c; d; Bieling 2011; Butterwegge 2015; Eicker-Wolf & Himpele 2011; Kiesow 2015; Nachtwey 2016; Röttger 2012). Was die politischen Auseinandersetzungen angeht, ist in Athen von einer umfassenden gesellschaftlichen Mobilisierung auszugehen, und so wurden hierbei ein Bewegungszyklus und die Formierung eines kollektiven Gedächtnisses untersucht. In Frankfurt hingegen, wo die Aktivitäten des Blockupy-Bündnisses im Zentrum standen, war der Gegenstand der Betrachtung klarer umrissen. Fokussiert wurde auf das anfangs 2012 gegründete linke und weitestgehend kapitalismuskritische Blockupy-Bündnis, einen Zusammenschluss von linken Gewerkschafter_innen, Parteipolitiker_innen, der Partei Die Linke und NGOs bis hin zu Gruppen der radikalen Linken, das zwischen 2012 und 2015 in Frankfurt mit mehreren Aktionstagen des zivilen Ungehorsams und Großdemonstrationen in Erscheinung trat – am prominentesten wohl am 18. März 2015, als die Eröffnungsfeier des Neubaus der EZB im Frankfurter Ostend verhindert werden sollte.

Das Einende der Proteste in Athen, im „Krisenlabor Griechenland“ (Hartmann & Malamatinas 2011), und in Frankfurt, „im Herzen des europäischen Krisenregimes“ (Blockupy, 22.04.2013), ist ihr Widerspruch zur Regulierung der europäischen Krise und gerade deshalb scheint es sinnvoll sie gemeinsam zu diskutieren. Beide Kämpfe zielen auf die Frage, wie Europa und die EU künftig aussehen sollen; es sind lokal verankerte politische Praxen für ein demokratischeres und sozial gerechteres ‚Europa von unten‘ entgegen der wettbewerbsorientierten ‚autoritären EU von oben‘.

Politik, Raum, Stadt – Überleitung zur Fragestellung

Die in den beiden Städten Athen und Frankfurt verankerten Krisenproteste aus einer geographischen Perspektive theoretisch wie empirisch verstehen und einordnen zu können, ist das übergeordnete Motiv dieses Buches. Primäres Ziel ist es, ein Angebot zu formulieren um die in den Krisenprotesten zu beobachtende *politische Konstitution von Raum* sowie die *räumliche Konstitution von Politik* relational zu denken. Aus theoretischer Perspektive wird damit die seit den Platzbesetzungen 2011 längst nicht mehr nur in geographischen Arbeiten diskutierte Relation zwischen transformativen Praxen und deren Räumlichkeit aufgegriffen und fortzuschreiben versucht (zu Platzbesetzungen vgl. Butler 2016; Hadjimichalis 2013; Kaika & Karaliotas 2014; Kastner 2012; Lorey 2012; Mörtenböck & Mooshammer 2012; Stavrides

2012a; 2014 // zu Politik und Raum vgl. Altenried 2012; Bayat 2012; Brenner et al. 2009; Featherstone & Korf 2012; Gestring et al. 2014; Uitermark et al. 2012; Vradis & Dalakoglou 2011; Zibechi 2011). Dies führt zu drei zentralen Begriffen oder auch Debatten um Begriffe, die im Folgenden die Diskussion leiten werden: *Politik, Raum* und *Stadt*.

Um über *Politik*, bzw. um über transformatorische Praxen nachzudenken, werden die *Neuen Philosophien des Politischen*¹ (Hebekus & Völker 2012) von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2006 [1985]) sowie Jacques Rancière (2002 [1995]) beigezogen. Wesentlich beeinflusst ist deren Lektüre und Interpretation von Oliver Marchart (2010a; 2013) und dessen Systematisierung der Zugänge als *postfundamentalistische* politische Ontologie. Das politische Denken von Laclau und Mouffe sowie Rancière ist aus zwei Gründen hilfreich für das gesetzte Ziel der Arbeit: *Erstens* erlauben sie gemeinsam, Politik als Praxis der Produktion von grundlegenden gesellschaftlichen Brüchen zu denken. Gleichermäßen erlauben sie, die Vorstellung zu konfrontieren, dass die Welle der Revolten 2011 aus dem Nichts hervorging. Sie legen einen Zugang, um die Erfahrung theoretisch zu fassen, dass selbst scheinbar überraschende politische Ereignisse in gewisser Weise Produkt von kontinuierlicher, manchmal auch sehr kleinteiliger politischer Praxis sind (vgl. Arampatzi & Nicholls 2012; Bayat 2012; Birke & Henninger 2012; Sitrin & Azzellini 2014; Nicholls et al. 2013; Schipper 2014a). Von Bedeutung ist diese Feststellung, und dies führt zum *zweiten* Grund der Hinwendung, weil klar wird, dass, soll Politik als aufbrechende Praxis, als Praxis des Neuen, verstanden werden, es eines Vokabulars bedarf, um einerseits kontinuierliche und sukzessive Transformationsprozesse sowie andererseits eruptive politische Momente zu denken. Um diese beiden Pole politischer Praxis zu vertiefen wird die unterschiedliche Hinwendung zur Politik von einerseits Laclau und Mouffe und andererseits Rancière in Stellung gebracht: Laclau und Mouffe (2006 [1985]) erlauben mit ihrer Konzeption der *Hegemonie* verknüpfende und sukzessive politische

1 Neben Laclau und Mouffe sowie Rancière haben Autor_innen wie Agamben, Badiou, Lefort, Nancy oder Žižek – um nur einige Protagonist(_inn)en der Debatte zu nennen – auch mit der begrifflichen Trennung von die Politik und das Politische gearbeitet (vgl. Marchart 2010a). Die Bezugnahmen fallen dabei reichlich unterschiedlich aus und können nur bedingt vereinheitlicht werden (Saar 2012: 82). Als Sammelbegriffe für diese Ansätze sind *Neue Philosophien des Politischen* (Hebekus & Völker 2012) oder auch *Neue Theorien des Politischen* gebräuchlich. Marchart (2010a) seinerseits fasst die Ansätze unter dem Schlagwort *Postfundamentalismus* zusammen, was aber wesentliche Hinweise auf seine 'linksheideggerianische' Lesart gibt und als Begriff weniger offen ist als die ersten beiden. Im Folgenden wird *Neue Philosophien des Politischen* als Sammelbegriff verwendet, wenn es darum geht, die Philosophien als Strömung zu benennen. *Postfundamentalismus* hingegen wird verwendet, wenn es darum geht, die spezifische politische Ontologie zu bezeichnen, die Marchart aus den Ansätzen insb. im Anschluss an Laclau herausarbeitet.

Praxen zu fassen, während Rancière (2002 [1995]) *momenthafte* Ereignisse zu verstehen hilft. Schon an dieser Stelle ist wichtig festzuhalten, dass *Hegemonie* dezidiert im Anschluss an Laclau und Mouffe (2006 [1985]) verwendet wird. Hegemonie wird als ein Modus von Politik, als ein Begriff für die Praxis des konflikthaften Knüpfens von hegemonialen Formationen, die um den Status von Ordnung ringen, verstanden. Anders als bei Gramsci ist Hegemonie kein Begriff für die stabilisierte Ordnung selbst. Im Rahmen dieser Arbeit wird, zum einen, um Verwirrungen mit dem Adjektiv *hegemonial*, das im Anschluss an Gramsci auf die *eine* dominante Ordnung verweisen würde, zu vermeiden und zum anderen, um die innere Bewegung der Produktion von hegemonialen Formationen selbst zu betonen, für die Praxis der Hegemonie der Begriff der *hegemonisierenden Praxis* verwendet (vgl. 2.3.1).

Um über den zweiten zentralen Begriff *Raum* zu reflektieren, bieten die Überlegungen zur *Produktion des Raums* von Henri Lefebvre einen hilfreichen Ansatz (vgl. Brenner & Elden 2009a; Merrifield 2006; Ronneberger & Vogelpohl 2014; Schmid 2005). Das grundlegende Argument zum Raum fasst Massey (1992: 116) wie folgt zusammen: Einerseits wird „Raum [...] durch soziale Verhältnisse und soziale Praktiken konstituiert“, andererseits sind „geographische Formen und Verteilungen“ keineswegs nur „Ergebnis“ oder „Endpunkt“ sozialer Praxen, sondern als Produkte von Gesellschaft eben auch relevant dafür, „wie diese funktioniert“. Die Frage mag aufkommen, warum es sinnvoll sein soll, sich erneut mit Lefebvre zu beschäftigen. Denn seit der Veröffentlichung seines Hauptwerkes zum Raum 1974 hat sich eine weiterführende Diskussion entwickelt, die durchaus über seine Theoretisierung hinaus geht (vgl. Elden 2004b; Guelf 2010; Merrifield 2006; Ronneberger & Vogelpohl 2014; Schmid 2005; Soja 1989). Aus drei Gründen wird dennoch auf Lefebvre fokussiert: Erstens, weil Lefebvre auf einer sehr grundlegenden Abstraktionsebene operiert, was den Blick für Praxis öffnet; zweitens korrespondiert Lefebvres Abstraktionsebene auf der er sich Raum zuwendet mit den Überlegungen von Laclau und Mouffe sowie Rancière; und drittens öffnet die Konfrontation Lefebvres mit der Konzeption von Politik eine spannende Perspektive, um seinen Zugang klarer zu bestimmen und zu verorten, womit in Teilen eine eigene Lesart von Lefebvre vorgeschlagen werden kann.

Für den dritten Begriff *Stadt*, gestaltet sich die Situation etwas schwieriger, zumal eher auf einen Debattenstand als auf einzelne Autor_innen zu verweisen ist. Bedeutsam ist die Thematisierung von Stadt aus zwei Gründen: Zum einen legt die Betrachtung der Krisenproteste nahe sich mit Städten zu beschäftigen, zumal deren Verankerung in Städten ein Einendes war und zum anderen wurde theoretisch die Raumfrage als politisch relevante Frage nicht zuletzt im Kontext von Stadt und darin verwurzelter politischer Kämpfe ‘entdeckt’ (vgl. Harten 1994; Kemper & Vogelpohl 2013; Mümken 2012). Relevant sind sodann die seit den 2000ern innerhalb der englischsprachigen geographischen Community geführten Debatten, die insb. von städtischen Überlegungen ausgehend eine Verschränkung der drei Konzepte Politik,

Raum und Stadt anregen. Thematisiert werden städtische Auseinandersetzungen (vgl. Davidson & Iveson 2015; Dikeç 2002; Dzudzek & Müller 2013; Purcell 2002; 2008; Uitermark & Nicholls 2013) oder auch der *postpolitische* bzw. *postdemokratische* Zustand politischer Aushandlungen, womit die wachsende Unmöglichkeit, über *Politik* gesellschaftliche Breschen zu schlagen und Veränderung zu vollziehen, angesprochen wird (vgl. Gomes de Matos 2013; MacLeod 2011; 2013; Mullis & Schipper 2013; O'Callaghan et al. 2014; Schulze 2012; Schümer 2012; Swyngedouw 2009; 2011; Wilson & Swyngedouw 2014).

Von den einleitenden Überlegungen zu Politik, Raum und Stadt können drei zentrale Fragen an die Theoriearbeit formuliert werden: *Erstens*, was kann ein Zusammendenken von Politik und Raum leisten, und was trägt ein solcher Ansatz zum Verständnis von transformatorischen Praxen bei? *Zweitens*, wie kann Hegemonie, im Anschluss an Laclau und Mouffe, mit Momenten nach Rancière, zusammengedacht werden? Und *drittens*, was hat das alles mit Stadt zu tun bzw. was ist das Städtische an politischen Praxen? Die drei theoretischen Fragen werden im Laufe der Arbeit mittels der empirischen Analyse der Krisenproteste in Athen und Frankfurt bearbeitet und vertieft. Befragt werden die Ereignisse nach den Praxen der Proteste; was sie zu politisieren versuchten; in welcher Weise diese in Städten verankert waren; wie spezifische Orte für Politik genutzt wurden bzw. wie etablierte Raumproduktionen auch politisierend wirkten; wie die beiden Modi der Politik – Hegemonie und Moment – in Beziehung stehen; und mit welchen Praxen die staatlichen Organe und Eliten die aufbrechende Politik zum Erhalt *ihrer* Ordnung wieder zu schließen versuchten.

Die Analyse der politischen Praxen in Athen und Frankfurt, und dies ist wichtig, dient aber nicht alleine der theoretischen Reflexion, sondern stellt darüber hinaus *für sich* ein wichtiges Motiv dieser Arbeit dar und bedeutet, dass gerade in den empirischen Kapiteln in Teilen auch Aspekte besprochen werden, die vom engen Korsett der theoretischen Rahmung weggeführt. Dieses Buch dreht sich nicht allein um Theoriebildung sondern auch um *einen* mit den Protesten solidarisierenden – aber nicht bedingungslos affirmativen – Beitrag zu deren kollektiven Geschichtsschreibung. Diese Arbeit erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit der Darstellung der Krisenproteste in Athen und Frankfurt und ist als *eine* Geschichte unter *vielen* zu verstehen. An manchen Stellen werden sicherlich Fragen offen bleiben, gegebene Antworten überraschen oder gar irritieren, an manchen Stellen aber, so die Hoffnung, werden auch (vorläufige) plausible Einsichten in die Entwicklung der Protestereignisse gegeben und sinnvolle theoretische Abstraktionen entwickelt, die weitere Diskussionen eröffnen.

Methodisch basiert das Buch sodann auf einem *zirkulären* und theoretisch-empirisch sich wechselseitig anregenden *deduktiv-induktiven* Vorgehen. Angeleitet wird dieses von der poststrukturalistisch gewandten Grounded Theory, der *Situational Analysis*, nach Adele Clarke (2005). Angeknüpft wird an eine Tradition kritischer

Wissenschaften, die versucht, nahe an politischen Kämpfen Gesellschaftstheorie zu betreiben (vgl. Castells 2012 [1975]; Laclau & Mouffe 2006 [1985]; Lefebvre 1968; 2014 [1970]; 1991 [1974]; Rancière 2013 [1981]).

Zum Aufbau des Buchs

Der Aufbau der Arbeit folgt dem Versuch, die vor- und zurückschreitende Bewegung zwischen Theorie- und Empiriearbeit auch in der Darstellung offenzulegen. Dies bedeutet, dass die Formulierung der theoretischen Abstraktionen erst ganz zum Schluss im *achten* Kapitel vorgenommen wird. Manch Leser_innen mag diese Entwicklung des Gedankenganges zu langsam sein. Für die Ungeduldigen empfiehlt sich, das achte Kapitel, nicht erst nach der Darstellung der Krisenproteste in Athen und Frankfurt zu lesen, sondern bereits nach Abschluss der Theoriekapitel, also nach Kapitel *vier*.

Nun aber der Reihe nach. Im *ersten* Kapitel wird Stadt als Begriff eingeführt und die Arbeit in der kritischen (geographischen) Stadtforschung verortet. Kapitel *zwei* wendet sich der Politik und deren beiden Modi Hegemonie im Anschluss an Laclau und Mouffe sowie Moment im Anschluss an Rancière zu. Das Kapitel zur Politik kommt zuerst, weil die darin formulierten Bezüge auf die postfundamentalistische politische Ontologie Grundlagen für die gesamte Arbeit bilden und auch für die Lektüre der Raumkonzeption von Lefebvre, die in Kapitel *drei* diskutiert wird, relevant sind. Kapitel zwei und drei sind nicht alleine deskriptiv ausgelegt. Jeweils werden erste theoretische Schlüsse gezogen, Begriffe bestimmt und eigene Schwerpunkte gelegt, wobei auch mit gängigen Prämissen zu den beiden Ansätzen gebrochen wird. Im *vierten* Kapitel wird ein vorläufiges gemeinsames Resümee der in Kapitel eins bis drei angestellten Reflexion gezogen und argumentiert, dass die Ansätze von einerseits Laclau, Mouffe und Rancière und andererseits von Lefebvre auf Grund des ähnlichen politischen Gestus und der gleichgerichteten Stoßrichtung der theoretischen Überlegungen trotz Differenzen produktiv zu verbinden sind. Von dieser Setzung ausgehend werden vier Dimensionen der Annäherung dargelegt, die ermöglichen die konkreten Fragestellungen an die Empirie zu vertiefen. Zwecks Überleitung vom theoretischen Arbeiten hin zur Beschreibung der Krisenproteste in Athen und Frankfurt werden im *fünften* Kapitel Überlegungen zum vergleichenden und zirkulären Arbeiten, der Selbstverortung im Prozess der Forschung und das methodische Vorgehen in Erhebung und Auswertung vorgestellt.

Anschließend folgen die beiden Empirikapitel. Das *sechste* Kapitel widmet sich den tiefgreifenden politischen Kämpfen in Athen. In den Fokus rückt im Rahmen eines ersten Unterkapitels zur Geschichte der Proteste insb. Politik im Modus des Momentes. In zwei daran anschließenden Teilstudien wird anhand der Hinwendung zu den Auseinandersetzungen zunächst um das Zentrum von Athen und anschließend um das *Freie besetzte Theater Embros* Politik in Relation zu je spezifischen

Raumproduktionen gesetzt. Die politischen Praxen des Blockupy-Bündnisses in Frankfurt sind dann das Thema des *siebten* Kapitels. Besprochen werden die Aktionstage 2012, 2013 und 2015, aber auch die beharrliche Vernetzungsarbeit, die das Bündnis an Aktiventreffen, Konferenzen und lokalen Kooperationen leistete. In der historischen Aufarbeitung wird auf Politik im Modus der Hegemonie fokussiert. Im anschließenden Unterkapitel wird auf die Raumproduktionen des Bündnisses eingegangen; insb. thematisiert wird die Produktion der Global-City Frankfurt als Ort an dem Protest sich lohnt und ziviler Ungehorsam sinnvoll scheint.

Im abschließenden *achten* Kapitel wird explizit der Bogen zurück in die Theorie gespannt. Von der Empirie ausgehend, wird auf die Theorien geblickt und ein Fazit zu deren Gehalt gezogen, um so klare Schlüsse für die Reflexion von Politik und Raum, Hegemonie und Moment sowie zur Stadt zu ziehen.